

**Bundespräsident a.D. Joachim Gauck hat anlässlich der
Verleihung der Ehrenmitgliedschaft des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold
und des Gedenkens an Erich Schulz
am 25. April 2026 in Berlin eine Rede gehalten**

***Änderungen vorbehalten.
Es gilt das gesprochene Wort.***

Sehr geehrter Herr Dr. Felgentreu

sehr geehrte Frau Dr. Spohr,

sehr geehrter Herr Staatssekretär,

sehr geehrte Abgeordnete,

sehr geehrte Angehörige der Bundeswehr,

sehr geehrte Damen und Herren,

vor wenigen Minuten habe ich von den Vertretern des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold die Ehrenmitgliedschaft verliehen bekommen. Dafür danke ich Ihnen herzlich. Die Auszeichnung erfüllt mich mit großer Dankbarkeit und Respekt – als Zeichen des Vertrauens und als Auftrag, die Werte und das Anliegen des Reichsbanners nach Kräften mitzutragen und zu vertreten.

Sie haben heute gemeinsam mit der Gedenkstätte Deutscher Widerstand zum Gedenken an Erich Schulz eingeladen. Einem jungen Mann, geboren 1898 in Berlin, gestorben 1925 in Berlin, mit nur 27 Jahren. Er war Lagerverwalter, lebte in Kreuzberg, trat 1924 als Parteiloser dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold bei und engagierte sich in der Kameradschaft Kreuzberg. Er war kein Staatsmann, kein prominenter Redner, kein Mensch, über den man ganze Bibliotheken geschrieben hätte. Er war ein Berliner Arbeiter – einer von vielen. Und gerade deshalb ist sein Name so wichtig.

Denn Demokratien werden nicht nur von Verfassungen getragen. Sie werden getragen von Menschen. Von Menschen, die, wenn es darauf ankommt, nicht wegsehen. Von Menschen, die sagen: Das ist auch meine Republik. Das ist auch meine Verantwortung.

Verehrte Damen und Herren,

ich habe bis zu meinem 50. Lebensjahr in der DDR gelebt. In einem Staat, der sich „demokratisch“ nannte – und doch vieles kontrollierte, was in einer Demokratie frei sein muss: Meinung, Information, öffentliche Debatte, Opposition, Geltung der Menschen- und Bürgerrechte.

Diese Erfahrung macht mich empfindlich – empfindlich für die kleinen Risse, aus denen große Brüche werden können. Und sie macht mich dankbar – dankbar für das, was wir heute haben: Freiheit, Rechtsstaat, offene Wahlen, eine Öffentlichkeit, in der Widerspruch nicht staatlich geahndet wird, sondern ein Bürgerrecht ist.

Gerade deshalb berührt mich das Gedenken an Erich Schulz. Denn sein Leben erinnert uns an etwas, das in freien Gesellschaften gern verdrängt wird: Freiheit ist verwundbar. Demokratie ist verletzlich. Und sie bleibt es. Denn die Demokratie ist eine Ordnung, in der wir Regierende abwählen können, ohne dass Blut fließen muss. Genau diese Möglichkeit wird von autoritären Kräften zuerst angegriffen: Gerichte, freie Medien, Kontrolle, faire Wahlen. Wer den Rechtsstaat schwächt, greift nicht eine Meinung an, sondern die gemeinsame Bedingung, unter der Meinungen überhaupt friedlich streiten können.

Als Erich Schulz sich damals dem Reichsbanner anschloss, war das mehr als ein Vereinsbeitritt. Es war ein Zeichen – in einer Zeit, in der die Weimarer Republik von Beginn an Gegner hatte. Gegner, die diese Republik nicht kritisieren wollten, um sie zu verbessern, sondern die sie verachteten und alles daran setzten, sie zu zerstören.

Die Weimarer Jahre waren eine Zeit großer Hoffnung und großer Spannungen. Viele Menschen wollten nach Krieg und Zusammenbruch ein anderes, ein besseres Deutschland. Bei anderen wuchs aber zugleich der Hass: auf Parlamentarismus, auf „die da oben“, auf Kompromiss. Und wo Hass wächst, wächst oft auch die Bereitschaft zur Gewalt. Politik wurde nicht nur mit Worten ausgetragen, sondern mit Fäusten, Knüppeln – und, wie wir wissen, auch mit Waffen.

Erich Schulz engagierte sich im Wahlkampf zur Reichspräsidentenwahl. Das Reichsbanner warb für den gemeinsamen Kandidaten der republiktreuen Parteien, Wilhelm Marx. Und am Tag vor der Wahl, am 25. April 1925, geschah das, was hier nicht nur als historische Episode erinnert werden darf: Erich Schulz wurde angegriffen, schwer verletzt – und starb auf dem Weg ins Krankenhaus, nachdem auf seine Reichsbanner-Gruppe geschossen worden war.

Verehrte Damen und Herren,

die junge Weimarer Republik war in den 1920er- und frühen 1930er-Jahren eine liberale Demokratie auf offenem Gelände: Verfassung, Parlament und Grundrechte standen einer Gesellschaft gegenüber, die vom Krieg gezeichnet, von Inflation und Abstiegsangst getrieben und politisch radikalisiert war. Weimar wurde von Kräften bedrängt, die Pluralismus und Toleranz verachteten, Kompromiss als Schwäche deuteten und Politik als Machtkampf führten – mit Propaganda, Einschüchterung und Gewalt.

Auch heute kennen wir Polarisierung, Delegitimierung von Institutionen, Desinformation und den Ruf nach dem „starken Zugriff“.

Politische Gewalt fällt nicht vom Himmel. Sie wächst auf einem Boden, der vorbereitet wird: durch Verächtlichmachung, durch Entmenschlichung, durch das giftige Spiel, den politischen Gegner nicht mehr als Gegner zu sehen, sondern als Feind. Und wenn aus dem Gegner ein Feind wird, dann erscheint Gewalt plötzlich nicht mehr als Verbrechen, sondern als „Notwehr“, als „Mut“, als „Tat“. So beginnt Enthemmung.

Wir erinnern an derartige Prozesse nicht, weil bei uns Weimarer Verhältnisse drohen. Aber wir sehen Aktivitäten, die unseren Rechtsstaat delegitimieren wollen.

Es beginnt oft mit dem Satz: Man wird ja wohl noch sagen dürfen. Es beginnt mit dem Spott über demokratische Institutionen. Es beginnt mit dem Zynismus, der alles gleichgültig macht. Es beginnt mit dem Wegschauen, wenn andere bedroht werden – und mit dem Schulterzucken, wenn der Ton verroht.

Gerade deshalb sind Namen wie Erich Schulz mehr als Namen auf Steinen. Er zwingt uns zur Frage, wo wir stehen, wenn die Demokratie angegriffen wird: Warten wir ab, bis aus Worten Taten werden, oder ziehen wir Grenzen – rechtzeitig, klar, unmissverständlich?

Die Bundesrepublik ist im Gegensatz zur Weimarer Republik eine gefestigte Ordnung mit wehrhaften Sicherungen, unabhängigen Gerichten, föderaler Machtteilung, sozialstaatlichen Puffern und internationaler Einbindung. Das schützt. Es entbindet nicht.

Wir sprechen heute oft über „wehrhafte Demokratie“. Das ist ein wichtiger Begriff, aber er kann hohl klingen, wenn wir ihn nicht mit Leben füllen. Wehrhaft ist Demokratie nicht durch starke Worte, sondern durch starke Bürgerinnen und Bürger: Citoyens, die ihre Freiheit verteidigen – im Alltag, in Gesprächen, in Vereinen, in Gemeinden, in Betrieben, in Schulen.

Verehrte Damen und Herren,

das Reichsbanner war, historisch gesehen, Teil einer wehrhaften Zivilgesellschaft. Menschen versammelten sich, um eine Republik zu schützen. Dieser Schutz war lebensgefährlich. Und Erich Schulz war nicht der Einzige, der für seine Haltung sterben musste. Vor 1933 wurden mehr als 50 Angehörige des Reichsbanners Opfer rechtsradikalen und nationalsozialistischen Terrors. Mehr als fünfzig Menschen, deren Namen heute oft nicht mehr bekannt sind. Vergessen. Aus dem öffentlichen Gedächtnis verschwunden.

Darum ist es richtig, dass wir heute hier stehen. Und darum ist es richtig, dass wir seit 2017 an diesem Ort gedenken: auf dem Friedhof Columbiadamm, am Grab des am 25. April 1925 erschossenen Erich Schulz. Dass dieses Gedenken Jahr für Jahr wiederkehrt, macht sichtbar: Erinnerung gehört in den öffentlichen Raum.

Auch dieser Ort erzählt. Ein Grabstein, den das Reichsbanner stiftete, der erhalten blieb, wieder gefunden, wieder sichtbar gemacht wurde. Ein Stein, der uns zwingt, genauer hinzusehen: Wie gehen wir mit Erinnerung um? Welche Namen lassen wir im Staub verschwinden – und welche geben wir der Gegenwart zurück?

Seit 2019 begleitet auch die Bundeswehr diese Veranstaltung mit einem Ehrenposten des Wachbataillons. Dass Soldatinnen und Soldaten, Bürger in Uniform, hier Präsenz zeigen, kann als Bekenntnis verstanden werden: Der demokratische Staat erinnert an jene, die für Freiheit und Republik ihr Leben gelassen haben. Und er sagt zugleich: Diese Republik will wehrhaft sein – nach außen, und im Innern durch Treue zu Recht und Verfassung.

Gedenken ist Arbeit. Es ist nicht bequem. Es zwingt uns, nicht zu vergessen, was man gern verdrängt: dass Demokratie nicht nur von außen bedroht wird, sondern auch von innen erodieren kann. Durch Gewalt – ja. Aber auch durch Gleichgültigkeit. Durch Fanatiker – ja. Aber auch durch Ermüdung.

Verehrte Damen und Herren,

wenn heute Menschen bedroht werden, weil sie ein Mandat haben; wenn Ehrenamtliche eingeschüchtert werden; wenn Journalisten als „Feinde“ markiert werden; wenn Menschen wegen ihrer Herkunft, ihrer Religion, ihrer Lebensweise zur Zielscheibe gemacht werden, dann ist das kein „rauer Ton“, keine „robuste Debatte“, kein „normaler Streit“. Dann ist das ein Angriff auf unsere Freiheit.

In dieser freiheitlichen Ordnung gilt die große zivilisatorische Idee, Konflikte nicht durch Gewalt zu lösen, sondern durch Recht; auch gilt, dass auch der Staat nicht alles darf, nur weil er es könnte.

Gerade darum ist der Rechtsstaat ein Schutzraum – für die Schwachen, für Minderheiten, für den Einzelnen. Wer – so wie ich – erlebt hat, wie schnell ein Staat dazu neigt, Recht zum Werkzeug der Machterhaltung zu machen, der weiß, wie kostbar es ist, wenn Richter unabhängig sind, wenn Aktenlagen zählen, wenn Verfahren gelten, wenn Polizei und Verwaltung rechenschaftspflichtig sind.

Dieser Rechtsstaat steht heute in einer Welt multipler Bedrohungslagen.

Wir sehen den brutalen Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine – einen Krieg, der nicht nur Territorium erobern will, sondern das Prinzip bestreitet, dass Grenzen und Souveränität durch Recht geschützt sind. Ein Krieg, der uns vor Augen führt, was passiert, wenn Macht sich über Recht erhebt und Gewalt zur Politik wird.

Und wir erleben zugleich Unruhe im Westen. Wenn in den USA, einer 250 Jahre alten Demokratie, politische Kräfte versuchen, Regeln zu umgehen, Institutionen zu schwächen, demokratische Kontrolle als Feindschaft zu diskreditieren und Wahrheit zur Verhandlungsmasse zu machen, dann bleibt das nicht ohne Folgen, für diejenigen, die sich lange auf den Schutz durch die USA verlassen haben. Bündnisse werden unsicher, Völkerrecht wird relativiert, die Welt wird gefährlicher – und der Druck wächst auf Europa, auf Deutschland, eine eigene demokratische Wehrhaftigkeit ist gefragt.

Es geht um Verantwortung. Um den Schutz der freiheitlichen Ordnung. Und um ein gemeinsames Signal: Wer Demokratie schützt, steht nicht allein. Wer bedroht wird, weil er oder sie für das Gemeinwesen eintritt, hat Anspruch auf Solidarität.

Was heißt das konkret – heute, in unserer Zeit?

Es heißt: Widersprechen, wenn Menschen verächtlich gemacht werden. Wenn Gruppen zu Sündenböcken erklärt werden. Wenn Verschwörungserzählungen die Wirklichkeit ersetzen sollen.

Es heißt: wir schützen die, die bedroht werden. Nicht nur durch Polizei und Justiz, sondern auch gesellschaftlich: durch Unterstützung, durch Öffentlichkeit, durch das Signal „Wir stehen zu dir“.

Es heißt: Beteiligen. Demokratie braucht nicht nur Zustimmung, sie braucht Mitwirkung. Sie braucht Menschen in Parteien und Initiativen, in Gewerkschaften und Vereinen, in Schulen, Betrieben und Nachbarschaften.

Und es heißt: Erinnern – nicht als Pflichtübung, sondern als Teil demokratischer Bildung. Wer unsere Geschichte kennt, ist eher vor einfachen Antworten geschützt.

Verehrte Damen und Herren,

Erich Schulz war ein junger Mann. Ein Arbeiter. Parteilos. Engagiert. Vielleicht hätte er ein langes Leben gehabt. Vielleicht eine Familie gegründet, Kinder großgezogen, Enkel erlebt. Vielleicht hätte er später über die Weimarer Jahre gesprochen wie über eine schwierige Zeit, die man überstanden hat. Aber seine Zukunft wurde ihm genommen – weil andere die Republik hassten.

Und darum ist unser Auftrag heute klar: Wir schweigen nicht und wir erlahmen nicht, wenn die Demokratie angegriffen wird.

Ich wünsche mir, dass wir aus diesem Gedenken mit Entschlossenheit gehen. Dass wir uns erinnern, wie kostbar Freiheit ist. Und dass wir im Alltag, in unseren Worten, in unseren Entscheidungen, in unserer Bereitschaft zum Widerspruch zeigen: Diese Republik hat Citoyens, die sich einsetzen. Ich danke Ihnen.